

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 25. Mai 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Austermann (CDU/CSU)	26	Dr. Hupka (CDU/CSU)	96, 97
Berger (CDU/CSU)	74	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	95, 104
Berschkeit (SPD)	39, 40	Jaunich (SPD)	46, 47
Bohl (CDU/CSU)	25	Dr. Klejdzinski (SPD)	70, 71
Bühler (Hof) (SPD)	16, 17	Klose (SPD)	22, 23
Büchner (Speyer) (SPD)	91, 92	Krey (CDU/CSU)	77
Conradi (SPD)	85, 86	Krizsan (DIE GRÜNEN)	87
Dr. Czaja (CDU/CSU)	13	Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	75, 76
Frau Dr. Czempiel (SPD)	63, 64	Löffler (SPD)	30, 31
Dörflinger (CDU/CSU)	83, 84	Lowack (CDU/CSU)	93
Dolata (CDU/CSU)	68, 69	Lutz (SPD)	52, 53
Drabiniok (DIE GRÜNEN)	58, 59	Frau Männle (CDU/CSU)	44, 45
Dreßler (SPD)	56, 57	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	32
Duve (SPD)	105, 106	Oostergetelo (SPD)	35, 36
Egert (SPD)	54, 55	Pfuhl (SPD)	33, 34
Dr. Ehmke (Bonn) (SPD)	102, 103	Poß (SPD)	100, 101
Eigen (CDU/CSU)	37, 38	Rapp (Göppingen) (SPD)	18, 19
Frau Fuchs (Köln) (SPD)	50, 51	Frau Reetz (DIE GRÜNEN)	4, 5
Gansel (SPD)	20, 21	Reimann (SPD)	66, 67
Grünbeck (FDP)	1, 62	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	72, 73
Günther (CDU/CSU)	41, 42	Dr. Scheer (SPD)	65, 94
Dr. Hauchler (SPD)	9, 10	Schemken (CDU/CSU)	29
Hauck (SPD)	48, 49	Schlatter (SPD)	2, 3
Hettling (SPD)	78, 79	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	6, 7
Hiller (Lübeck) (SPD)	11, 12	von Schmude (CDU/CSU)	60, 61

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Simonis (SPD)	8, 24	Frau Terborg (SPD)	80, 81
Dr. Soell (SPD)	98, 99	Tillmann (CDU/CSU)	88, 89
Dr. Steger (SPD)	27, 90	Uldall (CDU/CSU)	28
Stiegler (SPD)	43, 82	Frau Dr. Vollmer (DIE GRÜNEN)	14, 15

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	16
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	17
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	18

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

1. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)
- Sind Informationen der „Wirtschaftswoche“ zu-
treffend, daß die Bundesregierung bereits jetzt
ein neues Organisationsgesetz für Kapitalbeteili-
gungsgesellschaften vorlegen will, ohne daß dies
mit der zweiten Stufe des Vermögensbeteili-
gungsgesetzes in Übereinstimmung zu bringen
ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

2. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Absage
von Delegationsreisen, die im Rahmen des Ver-
trages über den deutsch-deutschen Jugendaus-
tausch verabredet waren, durch die DDR, und
wie bewertet sie die dafür gegebene Begrün-
dung, daß Aktivitäten westdeutscher Geheim-
dienste und der Verfassungsschutzbericht 1983
den Jugendaustausch beeinträchtigen?
3. Abgeordneter
Schlatter
(SPD)
- Was wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer
Verantwortung tun, um die Bedingungen für den
deutsch-deutschen Jugendaustausch zu verbes-
sern und Aktionen zu unterbinden, die den wei-
teren Ausbau des Jugendaustausches gefährden
können?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
das Post- und Fernmeldewesen**

4. Abgeordnete
**Frau
Reetz**
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist der Quecksilbergehalt der Kleinst-
batterien, die auf Schmucktelegrammen der
Deutschen Bundespost installiert sind, um musi-
kalische Grüße auszusenden, und wie viele sol-
cher Telegrammformulare wurden bereits ver-
wandt?
5. Abgeordnete
**Frau
Reetz**
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist das dafür verbrauchte Quecksilber?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

6. Abgeordnete
**Frau
Schmidt**
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregie-
rung aus den Beschlüssen des Oberverwaltungs-
gerichtes Münster (Az: 16b 2345/83 und 41/84)
zum Bundesausbildungsförderungsgesetz?

- | | |
|---|---|
| 7. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung in allen anderen anhängigen Rechtsstreitigkeiten, z. B. in der Frage der Benachteiligung von Schülern, die Wehr- und Zivildienst geleistet haben, auch bei Unterliegen in Vorinstanzen bis in die letzte Instanz zu gehen? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|---|---|
| 8. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) | In wie vielen Fällen haben die Strafverfolgungsbehörden Verfahren nach § 16 Kriegswaffenkontrollgesetz gegen deutsche Unternehmen eingeleitet? |
| 9. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) | In wie vielen Fällen ist nach § 16 Kriegswaffenkontrollgesetz Anklage gegen die Verantwortlichen deutscher Unternehmen erhoben worden? |
| 10. Abgeordneter
Dr. Hauchler
(SPD) | In wie vielen Fällen ist es auf Grund des § 16 Kriegswaffenkontrollgesetz zu Verurteilungen gekommen? |
| 11. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) | In wie vielen Fällen ist den Strafverfolgungsbehörden durch die geltende Fassung des § 16 Kriegswaffenkontrollgesetz unmöglich gemacht worden, „zu angemessenen Ergebnissen — u. a. auch der rechtlichen Möglichkeit der Verfahrenseinstellung — zu kommen“? |
| 12. Abgeordneter
Hiller
(Lübeck)
(SPD) | An welchen Kriterien orientiert sich die Bundesregierung bei der strafgesetzlichen Einstufung von Straftaten als Verbrechen oder Vergehen? |
| 13. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zur Unterbindung der vom Parlamentarischen Staatssekretär Erhard festgestellten schwerwiegenden Verletzungen der ärztlichen Meldepflicht von Abtreibungen gegenüber dem Statistischen Bundesamt (Artikel 3 Nr. 2 des 15. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 18. Mai 1976), die 1981 die erschreckend hohe zusätzliche Zahl von fast 125 000 Abtreibungen (212 000 stationäre und ambulante Abtreibungen statt nur 87 535 gemeldete) und 1982 noch wesentlich mehr verschwiegen hat, z. B. die Vorlage einer Meldebescheinigung vor der Kassen-Vergütung der ärztlichen Leistung oder Bestrafungen wie bei anderen gravierenden Falschangaben, damit durch Verbreitung der tatsächlichen Zahlen von Abtreibungen man auch staatlicherseits zum Bewußtseinswandel und zum aktiven Schutz des ungeborenen Lebens beiträgt? |

14. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- Auf welcher bundesrechtlichen Grundlage und nach welchen Kriterien erfolgt die Verlegung von Gefangenen aus dem Normalvollzug einer Justizvollzugsanstalt in den Hochsicherheits-trakt?
15. Abgeordnete
**Frau
Dr. Vollmer**
(DIE GRÜNEN)
- Bei wem liegt die Kompetenz bzw. Kontrollmöglich-keit für eine solch extreme Verschärfung der Haftbedingungen von Gefangenen im Normal-vollzug?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

16. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Rechnet die Bundesregierung damit, daß auf Grund der vom Europäischen Gerichtshof mit Urteil vom 20. März 1984 festgestellten Verfah-rensmängel bei der Entscheidung der EG-Kom-mission von 1983 zur Verlängerung des Claes-Planes die in Belgien gezahlten Beihilfen zu-rückgefordert werden können oder müssen?
17. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- In welchem Umfang ist es beim Abschluß der Folgeverträge zum Welttextilabkommen gelun-gen, Marktöffnungsklauseln durchzusetzen; mit welchen Industriestaaten konnte Marktöffnung auf Gegenseitigkeit bisher nicht durchgesetzt werden?
18. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die von ihr geäußerte Erwartung, die EG-Kommission werde ihre Genehmigungspraxis zu nationalen Bei-hilfeprogrammen für die Textil- und Beklei-dungsindustrie auf Grund des Urteils des Euro-päischen Gerichtshofs vom 20. März 1984 än-dern, obwohl in diesem Urteil die Kommissions-entscheidung aus dem Jahr 1983 zur Verlänge-rung des Unterstützungsprogramms der belgi-schen Regierung (Claes-Plan) lediglich aus ver-fahrensrechtlichen Gründen aufgehoben wurde?
19. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, in ihrer Klage gegen die Genehmigung des Claes-Planes über das vorliegende Urteil zu den der EG-Kommission unterlaufenen Verfahrensmän-geln hinaus noch zu einem Urteil in der Sache zu kommen, und betreibt sie dies?
20. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Welche „vitalen“ Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ sprechen für die Genehmigung des Verkaufs von U-Booten für Brasilien, und wie begründet es die Bundesregierung, daß die-ser Kriegswaffenexport durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert wird?

21. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Hat es im Zusammenhang mit der im Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Drittes Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes vorgeschlagenen Möglichkeit zur Einstellung von Strafverfahren bei Verbrechen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz Gespräche oder Schriftwechsel zwischen der Bundesregierung und Betroffenen oder Vertretungen der deutschen Wirtschaft gegeben?
22. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- In wie vielen Fällen haben Unternehmen, die Kriegswaffen produzieren und exportieren, seit der mit Gesetz vom 31. Mai 1978 beschlossenen Strafverschärfung für Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz die erforderlichen Genehmigungen nicht oder verspätet eingeholt?
23. Abgeordneter
Klose
(SPD)
- In wie vielen Fällen hätten nach Ansicht der Bundesregierung die Unternehmen mit der Erteilung der Genehmigungen, die nicht oder verspätet eingeholt worden sind, rechnen können?
24. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- In wie vielen Fällen, in denen Unternehmen die erforderlichen Genehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz nicht oder verspätet eingeholt haben, sind die Genehmigungen nachträglich erteilt worden?
25. Abgeordneter
Bohl
(CDU/CSU)
- Sind Presseberichte zutreffend, wonach die Bundesregierung plant, die Mindeststrafe für Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz von einem Jahr auf sechs Monate herabzusetzen?
26. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß künftig bei Baumaßnahmen im Bundesgebiet — und speziell bei solchen, bei denen der Bund Auftraggeber ist — nicht Leiharbeiter und Kolonnen von Arbeitern aus der „DDR“ eingesetzt werden?
27. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- In welcher Weise trägt die am 4. April 1984 vom Vorstand des Deutschen Verdingungsausschusses für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) novellierte Fassung des Teils A der Verdingungsordnung für Leistungen dem Wunsche des Bundesministers für Forschung und Technologie Rechnung, daß die öffentliche Auftragsvergabe Käufe von innovativen Produkten und Leistungen preferiert?
28. Abgeordneter
Uldall
(CDU/CSU)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung für alle Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen die Chancengleichheit gewährleistet, wenn einige der Anbieter gleichzeitig an Unterstützungs-Gesellschaften beteiligt sind, die über die Auswahl des Anbieters mitentscheiden?

29. Abgeordneter
Schemken
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Entwicklung während der letzten zehn Jahre im Bereich der Verkaufsflächen im Einzelhandel ein Überhang entstanden ist, der einer Einkaufsfläche von fünf Großstädten entspricht, und daß an dieser Entwicklung zum überwiegenden Teil die Ursache in der Ansiedlung von Verbrauchermärkten außerhalb der Stadtzentren zu sehen ist, und was kann die Bundesregierung gegebenenfalls innerhalb ihres Verantwortungsbereichs tun, um bei weiterem Rückgang der Bevölkerung die Attraktivität der Innenstädte als Standort des Einzelhandels zu sichern und dies gegebenenfalls durch Standortkooperationsförderung der Einzelhandelsverbände zu gewährleisten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

30. Abgeordneter
Löffler
(SPD)

Trifft es zu, daß trotz der Proteste der Bevölkerung weiterhin Lebensmittel wie Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukte vernichtet werden?

31. Abgeordneter
Löffler
(SPD)

Wenn ja, um welche Mengen handelt es sich, und welche Kosten entstehen durch diese Vernichtungsmaßnahmen?

32. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-Glotz**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Schätzungen von Marktkennern 99 v. H. des Schafskäses aus Kuhmilch gewonnen werden, und welche Schlußfolgerungen für die Information von Verbrauchern wird die Bundesregierung gegebenenfalls ziehen?

33. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)

Hält die Bundesregierung an der von Bundesminister Kiechle vertretenen Einschätzung fest, daß die diesjährigen Brüsseler Agrarbeschlüsse (Rats- und Kommissionsbeschlüsse) für die deutsche Landwirtschaft eine „Null-Preisrunde“ bedeuten, und wie schätzt sie die voraussichtliche Entwicklung der Erzeugerpreise im laufenden Jahr bei Milch und Getreide ein?

34. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Berechnungen des Deutschen Bauernverbandes und des Genossenschaftsverbandes (GVR), wonach im laufenden Jahr mit einem Rückgang der Auszahlungspreise bei Milch von durchschnittlich 3,7 Pfennig je Kilogramm (= — 5,2 v. H.) zu rechnen ist und der Preisrückgang sich bei Berücksichtigung des vorgesehenen Mehrwertsteuerausgleichs ab Januar 1985 durch den Abbau des Währungsausgleichs auf 5,2 Pfennig je Kilogramm (= — 5,4 v. H.) erhöhen wird?

35. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Berechnungen angestellt, welche Auswirkungen die Brüsseler Agrarbeschlüsse einschließlich der Quotenregelung bei Milch auf die Einkommen der deutschen Landwirtschaft, insbesondere auf dem Milchsektor, geordnet nach verschiedenen Betriebsformen und -größenklassen im Wirtschaftsjahr 1984/85 haben wird?
36. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD)
- Kann die Bundesregierung an Hand von Modellrechnungen quantifizieren, mit welchen Einkommensverlusten landwirtschaftliche Betriebe mit 10, 20 und 30 Kühen bei einem Mengenabzug im Rahmen der sogenannten Garantiemengenregelung in Höhe von 4 v. H. bzw. 12,5 v. H. rechnen müssen, und welche zusätzlichen Einkommensrückgänge wären zu erwarten, wenn die Auszahlungspreise für Milch um 7 v. H. zurückgehen?
37. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Rheinische Handelsmühlen Kontrakte zu niedrigen Preisen für französischen Backweizen abschließen, und hat die Bundesregierung untersucht, ob der französische Grenzausgleich und die neuen Verordnungen der EG-Kommission hierbei eine Rolle spielen?
38. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe und welcher Menge wird nach Kenntnis der Bundesregierung die EG-Kommission bei Backweizen in den ersten drei Monaten des Getreidewirtschaftsjahres 1984/85 intervenieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

39. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß, nachdem zum Jahresbeginn die bisher unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Eisenbahnpersonenverkehr eingestellt wurde und ab 1. April 1984 der Kreis der freifahrtberechtigten Behinderten im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ebenfalls in mehrfacher Hinsicht begrenzt wurde, an den Rollstuhl gebundene, z. B. Multiple-Sklerose-Behinderte, die sogar die Wertmarke für den ÖPNV ohne Eigenbeteiligung erhalten haben, keine Verkehrsmittel im ÖPNV mehr benutzen können?
40. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- War es Absicht der Bundesregierung, bei der Änderung des Schwerbehindertenrechts, die an den Rollstuhl gebundenen Schwerbehinderten, die ohnehin nur unter sehr widrigen Umständen eine Fahrt mit der Deutschen Bundesbahn machen können — in der Regel im Gepäckabteil — und mit ihrem Rollstuhl kein anderes öffentli-

- ches Verkehrsmittel benutzen können, auch noch die Fahrt im einzigen öffentlichen Verkehrsmittel (Gepäckabteil) bezahlen zu lassen?
41. Abgeordneter
Günther
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß privat versicherte Künstler und Publizisten einen Beitragszuschuß zur Krankenversicherung nach § 8 Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) von der Künstlersozialkasse erhalten, während in der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig versicherte Künstler und Publizisten keinen Beitragszuschuß (Arbeitgeberanteil) erhalten?
42. Abgeordneter
Günther
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung, die Ungleichbehandlung von privat und freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Künstlern zu beseitigen?
43. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesanstalt für Arbeit die Mittel für allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung restlos verteilt hat, und wird sie im Interesse der Bekämpfung insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit dafür eintreten, daß zusätzliche Mittel bereitgestellt werden?
44. Abgeordnete
**Frau
Männle**
(CDU/CSU)
- Worauf führt die Bundesregierung die Tatsache zurück, daß in der Gastronomie im Bereich „Kochen“ Männer gegenüber Frauen viel häufiger vertreten sind und Karrieren des Chefkochs machen, obwohl dieser Bereich in der Regel als eine Domäne der Frau angesehen wird, und ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zugunsten von Frauen zu ergreifen, wie dies bereits in anderen EG-Ländern geschieht?
45. Abgeordnete
**Frau
Männle**
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Angaben darüber vor, wie hoch der Anteil von vollzeit- und teilzeitarbeitenden Frauen gegenüber dem der Männer ist, die durch Sozialpläne abgefunden bzw. begünstigt werden?
46. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Warum hält die Bundesregierung an dem bereits in der Regierungserklärung angekündigten Ziel fest, mit dem Abbau der Mischfinanzierung im Krankenhausbereich zu beginnen, obwohl inzwischen alle im Krankenhauswesen verantwortlichen Verbände und sogar einige Länderfachminister den Rückzug des Bundes aus der Mischfinanzierung im Krankenhausbereich abgelehnt haben?
47. Abgeordneter
Jaunich
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung weiterhin, den Rückzug des Bundes aus der Mischfinanzierung im Krankenhausbereich zum 1. Januar 1985 mit einer Neuordnung der Krankenhausfinanzierung zu verbinden, oder bedeutet die Erarbei-

- tung der Regelungen zum Abbau der Mischfinanzierung durch den Bundesminister der Finanzen, daß außer der Kostenverlagerung auf die Länder zur Lösung der Krankenhausfinanzierungsprobleme nichts geschieht?
48. Abgeordneter
Hauck
(SPD)
- Welche Chancen sieht die Bundesregierung angesichts der zum Teil sehr unterschiedlichen Initiativen und Vorstellungen einzelner Bundesländer, eine Neuordnung der Krankenhausfinanzierung vorzuschlagen, die von der Mehrheit der Bundesländer akzeptiert wird und zugleich den drängenden Problemen in diesem Bereich Rechnung trägt?
49. Abgeordneter
Hauck
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, einen Teil der Investitionskosten im Krankenhausbereich auf die Krankenkassen zu verlagern, und wenn ja, wie ist diese Absicht mit dem Ziel zu vereinbaren, die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung stabil zu halten?
50. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Köln)
(SPD)
- In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die Empfehlungen der von ihr eingesetzten „Beratergruppe zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung“, vor allem die Abkehr vom vollpauschalierten Pflegesatz, vom Kostendeckungsprinzip und von der ausschließlich staatlichen Bedarfsplanung, zu berücksichtigen?
51. Abgeordnete
Frau Fuchs
(Köln)
(SPD)
- Wie gedenkt die Bundesregierung das im Sozialbericht 1983 genannte Ziel, die Krankenhäuser gleichgewichtig in die Kostendämpfung in der gesetzlichen Krankenversicherung einzubeziehen, umzusetzen?
52. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß zumindest die Mittel, die der Bund in der Vergangenheit für die Krankenhausfinanzierung bereitgestellt hat, auch in Zukunft durch die Länder und Gemeinden dem Krankenhausbereich zur Verfügung gestellt und nicht für andere Zwecke verwendet werden?
53. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Wettbewerbsnachteile zwischen den öffentlichen und freigemeinnützigen Krankenhäusern, die dadurch entstehen, daß die freien und gemeinnützigen Krankenhausträger nicht — wie die kommunalen Krankenhausträger — die Möglichkeit haben, die Finanzierungslücken aus öffentlichen Mitteln zu decken?
54. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Welche Möglichkeiten und Kompetenzen verbleiben der Bundesregierung nach dem Rückzug aus der Mischfinanzierung im Krankenhausbereich, vor allem hinsichtlich der finanziellen Sicherung und Fortentwicklung besonderer, län-

derübergreifender Aufgaben im Krankenhausbereich (z. B. länderübergreifende Krankenhaus-einrichtungen für Herzchirurgie und Schwerebrandverletzungen) und bei der Umstellung nicht bedarfsnotwendiger Versorgungseinheiten auf andere Aufgaben (z. B. für Pflegefälle)?

55. Abgeordneter
Egert
(SPD)

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dem Problem der Fehlbelegungen in den Krankenhäusern entgegenzuwirken (insbesondere in den im Sozialbericht 1983 genannten Bereichen ambulante Sozialstationen, häusliche Pflege, Abstimmung von Krankenhausversorgung und kassenärztlicher Versorgung)?

56. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Investitionsstau im Krankenhausbereich, und was gedenkt die Bundesregierung zum Abbau dieses — auch beschäftigungspolitisch schädlichen — Investitionsstaus beizutragen?

57. Abgeordneter
Dreßler
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung verschiedener Experten, die bei einem Reinvestitionsbedarf im Krankenhausbereich von 6 Milliarden DM und öffentlichen Finanzhilfen von 4,3 Milliarden DM für 1983 eine erhebliche Finanzierungslücke festgestellt haben, und was gedenkt die Bundesregierung, zum Abbau dieser Finanzierungslücke zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

58. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN)

Wird die Bundesregierung die Genehmigung für die Flugbewegungen der sogenannten „Flugschau“ beim „Flugtag“ an der US-Airbase Ramstein am 24. Juni 1984 trotz des anderslautenden Beschlusses des Stadtrates von Kaiserslautern erteilen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

59. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN)

Für welche anderen militärischen „Flugveranstaltungen“ gedenkt die Bundesregierung Genehmigungen für Flugbewegungen zu erteilen, trotz der damit verbundenen Gefahren für die Bevölkerung?

60. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)

Wie hoch ist derzeit der Anteil der Wehrpflichtigen, der auf Grund mangelnder Tauglichkeit weder Wehrdienst noch Ersatzdienst leistet, und welche Überlegung stellt die Bundesregierung an, um die Tauglichkeitsfeststellung realistischer und gerechter zu treffen?

61. Abgeordneter
von Schmude
(CDU/CSU)

Wieviel Einsprüche gegen die festgesetzte Tauglichkeitsstufe sind anhängig, und ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch der Prozentsatz bei denjenigen Wehrpflichtigen ist, die nach ab-

gelehnten Einsprüchen gegen die Tauglichkeit als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden wollen?

62. Abgeordneter
Grünbeck
(FDP)

Treffen Informationen zu, daß das Bundesverteidigungsministerium Miniportrait-Kameras für die Billigherstellung von Paßbildern anschaffen will, und wie ist dies in Übereinstimmung mit einer mittelstandsfreundlichen Politik gegenüber den Foto-Kleinbetrieben zu bringen?

63. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Pläne von seiten der Amerikaner bestehen, den Flugplatz für Motorsegler in Lauterbach, Stadtteil Wernges, in einen Hubschrauberlandeplatz umzuwandeln?

64. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD)

Welche sonstigen geeigneten Plätze beabsichtigt die Bundesregierung den Amerikanern im Raum Osthessen anzubieten, um dem Wunsch der Amerikaner nach einem Hubschrauberlandeplatz entgegenzukommen?

65. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)

Plant die Bundesregierung die Einführung einer Pershing I B-Rakete, die nach dem Zwei-Schlüssel-Prinzip mit amerikanischen Atomsprengköpfen geladen werden kann, und wie hält die Bundesregierung gegebenenfalls die Einführung dieses Raketentyps mit dem Ziel der Anhebung der nuklearen Schwelle für vereinbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

66. Abgeordneter
Reimann
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu ergreifen, damit „Pseudo-Krupp“ bundesweit statistisch erfaßt wird?

67. Abgeordneter
Reimann
(SPD)

In welcher Art und Weise beabsichtigt die Bundesregierung, betroffene Eltern und Kinder sowie engagierte Kinderkliniken bzw. Ärzte, die an der Erforschung und Bekämpfung von „Pseudo-Krupp“ beteiligt sind, zu unterstützen?

68. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den an der Universität Innsbruck entwickelten Test, mit dessen Hilfe in Urinproben festgestellt werden kann, ob Blutspender an einer Immunerkrankung leiden?

69. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU)

Kann mit Hilfe dieses Tests erreicht und sichergestellt werden, daß Personen, die an AIDS erkrankt sind, kein Blut spenden?

70. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das als umweltschonende Verpackungsmaterial „Jute“ unter anderem stark mit Hexachlorbenzol und Lindan belastet ist, und aus diesem Grund bereits Fachleute des Bundesgesundheitsamtes vor dem Transport unverpackter Lebensmittel in Jute gewarnt haben, und wenn ja, was hat die Bundesregierung veranlaßt, um die Bevölkerung vor Schadstoffeinflüssen durch den Transport unverpackter Lebensmittel in Jute zu schützen?
71. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der chemische Stoff „Butylnitrit“, der beim Einatmen einen Rauschzustand von einigen Minuten hervorruft und deshalb als Schnüffelfstoff bei Jugendlichen beliebt ist, z. B. in herkömmlichen Raumsprays enthalten und damit käuflich zu erwerben ist, und wenn ja, was hat die Bundesregierung veranlaßt, um die Bevölkerung vor dieser Droge zu schützen?
72. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung getan, um dem einstimmigen Beschluß des Ernährungsausschusses vom 4. April 1984 zu weinrechtlichen Bestimmungen der EG zu folgen, der dem Bundeskanzler mit Schreiben des Ausschußvorsitzenden vom 4. April 1984 übermittelt wurde, und bis wann ist mit der Zulassung der in dem Beschluß des Ernährungsausschusses erwähnten Maßnahmen zu rechnen?
73. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Verbraucher davon ausgeht — und dies wird durch in- und ausländische Verbraucherumfragen bestätigt —, daß die in der Bundesrepublik Deutschland abgefüllten europäischen Tafelweinverschnitte aus Deutschem Wein bestünden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den offensichtlich durch irreführende Aufmachung und Beschriftung herbeigeführten Betrug am Verbraucher auszuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

74. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß die Bundesbahnstrecke von Bad Kreuznach über Alsenz—Rockenhausen nach Kaiserslautern auch aus verteidigungspolitischer Sicht von erheblicher Bedeutung ist und deshalb unter allen Umständen erhalten und bevorzugt instandgesetzt werden muß?
75. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Gibt es fundierte Untersuchungen — wenn ja, mit welchem Ergebnis —, wie Familien mit drei oder mehr Mitgliedern von der bisher für sie wirtschaftlicheren Autonutzung weg wieder hin für die Bundesbahn-Benutzung gewonnen werden könnten?

76. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche Mittel bzw. welche langfristigen Entwicklungen könnten dadurch zugunsten der Deutschen Bundesbahn eingeleitet werden?
77. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung angesichts der Sportbootunfälle auf den deutschen Schifffahrtswegen und der Zahl der Toten und Verletzten die Einführung eines generellen Befähigungsnachweises zur Führung von Sportbooten für geboten?
78. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Vorschlag der EG-Kommission zur Aufhebung der Begrenzung der Abgabefreiheit bei dem in den Tanks von Nutzfahrzeugen eingeführten Treibstoff zuzustimmen, obwohl jährliche Mindereinnahmen für den Bundeshaushalt in Höhe von mehreren 100 Millionen DM zu erwarten wären, keine Fortschritte bei der Harmonisierung der staatlich beeinflussten kostenwirksamen Wettbewerbsbedingungen für den Straßengüterverkehr und die Bahnen innerhalb der EG erzielt werden konnten, die Wettbewerbslage der Deutschen Bundesbahn (DB) im grenzüberschreitenden Verkehr verschlechtert würde, im Seehafenverkehr der DB Verkehrsverluste und Erlöseinbußen zu erwarten wären und schließlich die Wettbewerbslage der deutschen Seehäfen gegenüber den ausländischen Konkurrenzhäfen im Hinterlandverkehr weiter verschlechtert würde?
79. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Was beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diese weiteren auf eine staatliche Maßnahme zurückzuführenden wettbewerblichen Benachteiligungen der Deutschen Bundesbahn und der deutschen Seehäfen gegenüber dem Verkehr über ausländische Seehäfen abzubauen bzw. auszugleichen?
80. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, daß im Bereich südlich von Bremerhaven die Querung der Unterweser durch einen Straßentunnel strukturell unbedingte Erfordernisse sind, und wird die Bundesregierung die Berücksichtigung besonderer Kriterien für strukturschwache Gebiete bei der Fortschreibung 1985 des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen sicherstellen, so daß diese Weser-Querung eine erhöhte Dringlichkeit (Stufe I) erhält?
81. Abgeordnete
Frau
Terborg
(SPD)
- Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen über den Bau und Betrieb eines privaten Weser-Tunnels, und welches sind die bisherigen Verhandlungsergebnisse?

82. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Treffen Hinweise zu, daß die Deutsche Bundesbahn plant, den Huckepackbahnhof Regensburg zum 2. Juni 1984 aufzulösen, und wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß der ostbayerischen Metropole Regensburg diese Einrichtung auch in Zukunft erhalten bleibt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

83. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung Informationen darüber, in welchen Fällen und mit welchem finanziellen Volumen von Gemeinden und Städten, in denen Stadtsanierungsvorhaben nach dem Städtebauförderungsgesetz durchgeführt werden, Ausgleichsbeträge erhoben worden sind?
84. Abgeordneter
Dörflinger
(CDU/CSU)
- Inwieweit treffen nach Ansicht der Bundesregierung Befürchtungen zu, nach denen sich der totale oder teilweise Verzicht auf das Erheben von Ausgleichsbeträgen negativ auf die Bodenpreise in Sanierungsgebieten auswirken könnte?
85. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Stadt Bonn im Herbst dieses Jahres für die Kunsthalle einen beschränkten Gutachterwettbewerb ausschreiben will?
86. Abgeordneter
Conradi
(SPD)
- Ist für eine Bauaufgabe dieser Bedeutung nicht ein öffentlicher Architekten-Wettbewerb angemessener als ein beschränkter Gutachter-Wettbewerb?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

87. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, daß das Bundesministerium für Forschung und Technologie zu Informationsgesprächen mit Besuchergruppen auch Vertreter des „Deutschen Atomforums e. V.“ entsendet, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Art einseitiger interessengebundener Information gegenüber den Besuchergruppen?
88. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß das sogenannte Orfa-Abfallverwertungssystem mit Anlagen zur thermischen Nachverbrennung und Rauchgasreinigung ausgestattet ist, so daß die Grenzwerte gemäß TA-Luft eingehalten werden, und ist ebenfalls bekannt, daß die beim Orfa-Verfahren vorhandenen Verfahrensschritte — doppelte Zerkleinerungsstufe, Trocknung, Ozonierung, Windsichtung — notwendige Voraussetzungen für Trennschärfe und Qualität der Produkte sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

89. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Aufbereitungskosten für den Hausmüll nach dem sogenannten Orfa-Abfallverwertungsverfahren erheblich unter denen von thermischen Anlagen zur Abfallbeseitigung liegen, und welche Schlüsse sind aus der Tatsache zu ziehen, daß das Bundesministerium für Wirtschaft das Orfa-Abfallverwertungssystem im Rahmen eines Verfahrens zur Erlangung eines EG-Zuschusses für eine Demonstrationsanlage eingehend geprüft und uneingeschränkt positiv bewertet hat?
90. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Welche Initiativen hat der Bundesminister für Forschung und Technologie ergriffen, um das ausufernde Berater- und Vermittlerwesen bei der Antragstellung zur Gewährung von Zuschüssen für Forschung und Technologie (vgl. z. B. Wirtschaftswoche Nr. 18 vom 27. April 1984, Seite 26) einzudämmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

91. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der amerikanischen Regierung, daß auch die Sportler, Trainer, Funktionäre und Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland zu den XXIII. Olympischen Sommerspielen 1984 in Los Angeles neben der ID-Card des IOC/Organisationskomitees — im Gegensatz zu den vorgehenden Olympischen Spielen — zur Einreise in die USA zusätzlich ein Visum benötigen?
92. Abgeordneter
Büchner
(Speyer)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese amerikanische Sonderregelung abzulehnen ist, und ist die Bundesregierung bereit — auch auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit —, bei der amerikanischen Regierung darauf zu drängen, daß vor allem die Sportler, Trainer, Funktionäre, Journalisten und Touristen aus der Bundesrepublik Deutschland, die an den Olympischen Spielen teilnehmen, darüber berichten oder diese besuchen, ohne Visum in die Vereinigten Staaten von Amerika einreisen können?
93. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß die Sowjetunion die Anzahl ihrer einsetzbaren atomaren Sprengköpfe seit Abschluß des Vertrages über Nichtverbreitung von Kernwaffen am 1. Juli 1968 von rund 2500 auf etwa 12000 zuzüglich eingelagerte Nuklearmunition, z. B. für die Artillerie, wie auch zum Nachladen verschiedener Systeme gesteigert und damit, etwa in Hinblick auf Artikel 6 des Vertrages, dem Vertrag die Grundlage entzogen hat?

94. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Bedeutet die Erklärung des italienischen Verteidigungsministers Spadolini vor dem italienischen Abgeordnetenhaus, wonach kein amerikanischer Marschflugkörper ohne Zustimmung der italienischen Regierung von italienischem Boden aus gestartet werden könne, daß die italienische Regierung ein Veto-Recht gegenüber dem Einsatz von atomaren Waffensystemen hat, und warum hat gegebenenfalls die Bundesregierung kein solches Veto-Recht?
95. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auf Hungerstreik und Hilferuf des russischen Menschen- und Bürgerrechtlers Professor Andrej Sacharow mit neuen Aktivitäten reagieren, und welche konkreten Maßnahmen, einschließlich gemeinsamer Schritte mit den westlichen Verbündeten, plant sie dabei?
96. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung wegen der offiziellen Angriffe gegen die Bundesminister Dr. Zimmermann, Windelen und Staatsminister Dr. Mertes in der Volksrepublik Polen durch unsere Botschaft in Warschau vorgesprochen und die Angriffe zurückgewiesen?
97. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß nach wie vor die Sendungen der Deutschen Welle durch Bulgarien gestört werden, und wurde dieses Thema während des Besuches des bulgarischen Außenministers in der Bundesrepublik Deutschland durch den Bundesaußenminister zur Sprache gebracht?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

98. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß es bei der Nutzung von Archiven und der Auswertung dort gewonnener Erkenntnisse der jüngeren und jüngsten Geschichte eine wachsende Rechtsunsicherheit gibt, die unter anderem auch mit der unterschiedlichen Datenschutzpraxis der einzelnen Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland zusammenhängt, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um dieser Rechtsunsicherheit zu begegnen?
99. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD)
- Wieweit sind in diesem Zusammenhang die Vorbereitungen für ein Bundesarchivgesetz gediehen?
100. Abgeordneter
Poß
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Einfluß auf Kraftwerkserbauer zu nehmen und diese zu veranlassen, bei der Verkleidung der Kühltürme anstelle von Asbestzementplatten asbestfreie Zementbaustoffe zu verwenden?

- | | |
|--|--|
| 101. Abgeordneter
Poß
(SPD) | Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, bei Bauvorhaben des Bundes die Verwendung von Asbestbaustoffen zu verbieten? |
| 102. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD) | Hat die Bundesregierung mit den Ländern erörtert, ob diese bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben, oder ob sie nicht doch bereit sind, ein gemeinsames Projekt „Kunsthalle Bonn“ zu fördern? |
| 103. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Bonn)
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, mit dem Land Nordrhein-Westfalen und mit der Stadt Bonn über ein gemeinsames Projekt „Kunsthalle Bonn“ in Form einer Stiftung zu verhandeln? |
| 104. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) | In welcher Weise wird dem Auftrag des Grundgesetzes „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ bei der Planung und Durchführung der Errichtung des sogenannten Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland angemessener Ausdruck verliehen, wie es der Regierungserklärung des Bundeskanzlers entspricht? |
| 105. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Stadt Bonn — offenbar des jahrelangen Wartens auf den Bund und die Länder müde — nun daran geht, eine Kunsthalle in eigener Regie zu planen und zu bauen? |
| 106. Abgeordneter
Duve
(SPD) | Sind damit die Vorstellungen einer gemeinsamen „Kunsthalle Bonn“ der Stadt Bonn und des Bundes, möglicherweise auch der Länder, vom Tisch? |

Bonn, den 18. Mai 1984

